



Aktive Städtediplomatie für eine gute Zukunft für alle
Gemeinsame Erklärung der Stadtchefs von Berlin, Bern und Wien
8. Juli 2021

Die Stimme der Städte ist aus dem Konzert der transnationalen Zusammenarbeit nicht mehr wegzudenken. In Zeiten der Corona-Pandemie standen BürgermeisterInnen aus ganz Europa in einem sehr intensiven Austausch, nicht nur zur Bewältigung der akuten Krise, sondern v.a. zur Frage, wie es danach weitergeht. Bei einem Treffen am 8. Juli 2021 betonen die Stadtchefs der drei Hauptstädte Berlin, Bern und Wien - der Regierende Bürgermeister Michael Müller, Stadtpräsident Alec von Graffenried und Bürgermeister Michael Ludwig - die Bedeutung ihrer direkten Kooperation nicht nur im Erfahrungsaustausch, sondern auch in der Themensetzung auf der europäischen und internationalen Agenda. Berlin, Bern und Wien pflegen seit vielen Jahren auf verschiedenen Ebenen einen intensiven Erfahrungsaustausch und arbeiten an gemeinsamen Projekten und in europäischen Organisationen zusammen.

Städte nehmen im weltpolitischen Geschehen eine zunehmend wichtige Rolle ein – das zeigt sich im Kontext der Vereinten Nationen mit Organisationen wie UN-Habitat und dem Forum der BürgermeisterInnen genauso wie in Europa im Bereich der Europäischen Union, des Europarats und vieler Initiativen. Globale Herausforderungen sind in urbanen Räumen oft am unmittelbarsten spürbar, seien es die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die von Städten getragene Hilfe für Flüchtlinge, die Klimakrise oder jüngst die COVID-19 Pandemie. Fakt ist: Städte zeigen Innovationskraft, Kreativität und Mut beim Krisenmanagement. Sie sind die Lösung, nicht das Problem.

1. Klimaziele müssen sozial gerecht erreicht werden

Berlin, Bern und Wien bekennen sich zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und haben klare Vorgaben zum umfassenden Klimaschutz und zur nachhaltigen und ressourcenschonenden Entwicklung gesetzt:

Die Stadt **Berlin** hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, die unter Mitwirkung aller Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft umgesetzt werden – die Betonung liegt ganz klar auf der Umweltgerechtigkeitskonzeption mit einem klaren sozialräumlichen Programm.

Die Stadt **Bern** hat ein Maßnahmenpaket erarbeitet und einen Zielpfad definiert, um selbstständig die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Sollte der Zielpfad nicht eingehalten werden können, sind zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Stadt **Wien** will mit ihrer langfristigen Smart City Rahmenstrategie eine hohe Lebensqualität für alle EinwohnerInnen erreichen und hat damit ein solides Fundament für nachhaltige urbane Entwicklungen in allen Lebensbereichen gelegt. Dazu wurde der Wiener Klimarat eingerichtet und klimarelevante Maßnahmen der Stadt erstmals in einem eigenen Klimabudget projektiert

2. Leistbares Wohnen als Gradmesser für soziale und Klimagerechtigkeit

Berlin, Bern und Wien sehen die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum und die Renovierung des existierenden Wohnungsbestands, in dem das Wohnen auch nach Sanierung leistbar ist als zentral für die Lebensqualität. Hier sollen nicht nur die MieterInnen und WohnungseigentümerInnen aus niedrigen und mittleren Einkommensgruppen geschützt werden, sondern vor allem auch die Städte selbst vor den Verwerfungen der Gentrifizierung, überbordenden Kurzzeitvermietungen und Finanzialisierung. Berlin, Bern und Wien werden verstärkt auf europäischer und internationaler Ebene einwirken, um den Ausverkauf der Städte zu verhindern, etwa durch mehr Transparenz bei internationalen Immobilientransaktionen oder das Vermeiden von Steuerschlupflöchern für große Investoren. Das Thema leistbares Wohnen ist in allen Städten ein Gradmesser auf dem Weg zu einer sozial gerechten Erreichung der Klimaziele.

3. Eine resiliente und kreislauforientierte Wirtschaft für gute Arbeit für alle

Berlin, Bern und Wien stehen auch im Bereich Wirtschaft durch die Corona-Pandemie vor ähnlichen Herausforderungen. Alle drei Städte haben umfassende Hilfspakete geschnürt, um Betriebe durch die Krise zu bringen und Arbeitsplätze zu erhalten. Sorge gilt vor allem den jungen Menschen, die Ausbildungen nicht antreten konnten, der Generation 50+, die es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt hat, und Frauen, deren Doppel- oft zu einer Dreifachbelastung wurde. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen sollen Abhilfe schaffen.

Berlin hat sehr früh umfangreiche Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, die unbürokratisch beantragt werden konnten, schnell ausbezahlt wurden und ergänzend zur Förderung durch den Bund gezielt den Besonderheiten der Berliner Wirtschaftsstruktur entsprochen haben. Mit Blick auf die Zeit nach der Pandemie wurden Unterstützungsangebote konzipiert, die auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft zielen.

Bern hat Maßnahmen zur Unterstützung des städtischen Gewerbes beschlossen und umgesetzt. So wurden Mietzinsreduktionen für Geschäftsmietende finanziert, unbürokratische Maßnahmen im Gastronomiebereich (Erweiterung von Gartenterrassen) erwirkt und Corona-Stipendien für Kulturschaffende ausgerichtet.

Wien hat ein 600-Millionen-Euro Hilfspaket für die Wiener Wirtschaft geschnürt, mit dem über 50 Corona-Hilfsmaßnahmen für Gesundheit, Arbeit und Wirtschaft stabilisierend wirken und zusätzlich zu den Bundesförderungen Lücken schließen.

4. Demokratie und Rechtsstaat in Europas Städten stärken

Berlin, Bern und Wien zeigen sich besorgt, dass es in vielen Städten und Ländern im Zuge der Corona-Pandemie zu einer starken Rezession kommen wird, mit einer Zunahme von sozialen und ökonomischen Verwerfungen und einer Verschärfung von Einkommensunterschieden. Das ist letztlich eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat. Maßnahmen für mehr Teilhabe, Mitbestimmung und Partizipation sind deshalb in allen Bereichen zu stärken, besonders auch im Bereich der digitalen Welt.

Eine aktive Städtediplomatie ist Ausdruck gelebter urbaner Solidarität zum Wohle aller.